

FAMILIENPOLITISCHE INFORMATIONEN

3 | 2017

FAMILIENPOLITIK IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND UND IHRE LANGFRISTIGEN AUSWIRKUNGEN



Anke
Domscheit-
Berg

Frauen- und Familienpolitik wurden in der DDR sehr früh eng miteinander verknüpft. Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall lässt sich diese unterschiedliche Schwerpunktsetzung noch immer im regionalen Vergleich ablesen. Rechtliche Aspekte, Infrastrukturen, monetäre Anreize aber auch gesellschaftliche Prägungen finden im Text Berücksichtigung. Er liefert eine kurze, notwendigerweise unvollständige Zusammenfassung der Familienpolitik in Ost- und Westdeutschland vor und nach der Wende, mit besonderem Schwerpunkt auf die Familienpolitik in der DDR und auf ihre familienpolitischen und in Folge kulturellen Unterschiede in Ost und West.

FAMILIENPOLITIK IN DER DDR

Frauen- und Familienpolitik wurden in der DDR sehr früh eng miteinander verknüpft. Leitlinie war dabei

das Bild des „sozialistischen Menschen“, der - egal ob männlich oder weiblich - in jedem Fall eine „allseits gebildete“ und Vollzeit berufstätige Person sein sollte, die zusätzlich einen Beitrag für die Gesellschaft leistete. Schon kurz nach der Gründung der DDR wurde 1950 ein „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ erlassen¹, das mit der Tradition des Nationalsozialismus, die Frau primär über ihre Mutterrolle zu definieren, klar brach. [...]

Auch die Rechte von Frauen, die uneheliche Kinder geboren hatten, wurden mit diesem Gesetz in §17 (1) gestärkt: „Die nicht eheliche Geburt ist kein Makel. Der Mutter eines nicht ehelichen Kindes stehen die vollen elterlichen Rechte zu, die nicht durch die Einsetzung eines Vormundes für das Kind geschmälert werden dürfen.“

¹ Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): „(Keine) Lust auf Kinder?“, Wiesbaden, 2012, S. 12, Link: http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Downloads/DE/Studien/BiB_Keine_Lust_auf_Kinder.pdf?__blob=publicationFile&v=1, abgerufen am 26.10.2016

THEMEN

Anke Domscheit-Berg

»Familienpolitik in Ost- und Westdeutschland« 1

AUS DEM VERBAND

»Digital kompetent!?!« 10

»Neue Familienministerin!« 11

HINWEISE

Dr. Karin Germer

»Familienerholung - ein Recht auf Förderung« 11

Florian Straus, Renate Höfer

»Handlungsbefähigung und Zugehörigkeit junger Menschen« 12



Diese Regelungen standen in direktem Gegensatz zu den zeitgleich in der BRD geltenden Gesetzen, die teilweise noch jahrzehntelang Ehefrauen und Alleinerziehende diskriminierten. Die umfangreichen Rechtsansprüche von Müttern in der jungen DDR erleichterten zwar das Muttersein und damit eine Entscheidung zugunsten von Kindern, gleichzeitig dienten sie aber von Anfang an der Vereinbarkeit einer Vollzeitberufstätigkeit der Frau. So hatten sich laut Gesetz die Öffnungszeiten von Krippen und Kitas nach den Arbeitszeiten der Frauen zu richten, § 24 (2). Betriebsleiter wurden sogar gesetzlich verpflichtet, alleinstehende Mütter bevorzugt einzustellen, § 25 (2).

Früh stand die Bereitstellung umfassender Kinderbetreuungseinrichtungen im Fokus: Krippen für Kinder unter drei Jahren, Kindergärten für ältere Kinder, Hortbetreuung in Schulen, Ferienlager zur Überbrückung von Schulferien und Wochenheime, in denen Kinder von Montag bis Freitag fremd betreut werden konnten – im Krankheitsfall der Mutter oder, wenn es die Art ihrer Berufstätigkeit, z. B. Schichtarbeit erforderte.

Das übliche Betreuungsangebot von 6.00 bis 18.00 Uhr war mit dem Alltag normal berufstätiger Frauen kompatibel. Bei Betriebskindergärten ersparten den Mitarbeiterinnen Extrawege. Höhere Bildungseinrichtungen wie Hochschulen und Universitäten boten Kinderbetreuung vor Ort, so dass ein Studium zumindest nicht für längere Zeit unterbrochen werden musste. Familienzimmer in Studentenwohnheimen erleichterten eine frühe Familiengründung. Jung zu heiraten und Kinder zu bekommen, war üblich in der DDR: Das durchschnittliche Alter der Mutter beim ersten Kind lag 1989 bei knapp 23 Jahren.²

Ein Grund dafür war auch der große Wohnungsmangel: Für allein lebende junge Erwachsene waren Wohnungen kaum zugänglich. Heirat und Schwangerschaft jedoch ebneten den Weg zur ersten eigenen Wohnung

und ein zinsloser sogen. Ehekredit in Höhe von 5.000 (später 7.000) Mark ermöglichte die Wohnungseinrichtung (ab 1972). Diesen konnten die Partner (beide unter 26 J.) „abkindern“: Für das erste Kind wurden 1.000 Mark erlassen, für das zweite Kind 1.500 Mark; beim dritten Kind war der Kredit getilgt – ein weiterer Anreiz für frühe Mutterschaft und mehrere Kinder.

Frauen in der DDR sollten jedoch auch über ihren Körper frei entscheiden können: Schon seit 1972 war die Pille kostenlos für jede Frau und eine Schwangerschaftsunterbrechung voraussetzungslos bis zur 12. Woche möglich. [...]

Die Akzeptanz externer Kinderbetreuung war in der DDR sehr hoch, denn die soziale Norm der Vollzeiterwerbstätigkeit galt auch für Mütter, so dass die meisten nach Ablauf des Babyjahres wieder arbeiten gingen. Nur so war die hohe Erwerbsbeteiligung von 91 Prozent (1989) erreichbar – die höchste Quote weltweit.⁵ 1989 wurden 80 Prozent der Kinder unter drei Jahren in einer öffentlichen Einrichtung betreut⁶, bei über dreijährigen war der Anteil noch höher. Eine Kostenbarriere bestand nicht, da nur ein sehr geringer Verpflegungsbeitrag zu zahlen war.

Das Babyjahr gab es zuerst nur für Alleinerziehende, später auch für Verheiratete beim zweiten Kind, ab 1986 für alle Mütter – bei vollem Lohnausgleich. War das Kind krank, konnten Mütter viele Tage zusätzliche bezahlte Freistellung im Jahr erhalten. Seit 1976 hatten Mütter zusätzlich schon ab dem zweiten Kind Anspruch auf eine reduzierte Wochenarbeitszeit.⁷ Und mit einer Kündigung wegen Schwangerschaft, Babyjahr oder kranken Kindern musste in der DDR keine Frau rechnen.

Auch beim Übergang zur Schule gab es keine Betreuungslücke: Ganztagschulen waren üblich, Hortangebote in der Regel bis 18 Uhr und organisierte Freizeitangebote für Kinder in Sport-, Sprach- oder anderen Interessensgruppen.

² Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): „(Keine) Lust auf Kinder?“, Wiesbaden, 2012 (...)
[...]

⁵ Quelle: Anita Grandke, Report: Die Entwicklung des Familienrechts in der DDR, Berlin, 24.3.2010, S. 221, Link: <http://edoc.hu-berlin.de/oa/reports/reeaYtqKfKxIQ/PDF/20eFhgZyFh7H2.pdf>, abgerufen am 26.10.2016

⁶ Quelle: Heute im Bundestag hib 604/2016 vom 19.10.2016: Reform des Unterhaltsvorschlusses, Link: <https://www.bundestag.de/hib#url=L3ByZXNzS9oaWlvMjAxNjEwLy0vNDc2MjYy&mod=mod454590>, abgerufen am 26.10.2016

⁷ Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): „(Keine) Lust auf Kinder?“, Wiesbaden, 2012

So ausgeprägt die politische Unterstützung einer Angleichung des Berufslebens von Mann und Frau in der DDR waren, so wenig fand sie sich bei der Förderung der Angleichung klassischer Geschlechterrollen. [...] Es blieb bei einer Ungleichverteilung der Doppelbelastung. Diese wurde sogar noch institutionalisiert: durch einen monatlichen „Haushaltstag“ für Mütter und verheiratete Frauen, der nur in Ausnahmefällen auch Männern zustand, wenn sie alleinerziehend waren. Da Frauen auf diese Weise 12 zusätzliche arbeitsfreie Tage zustanden, schien es gerechtfertigt, ihnen auch weiterhin den Löwenanteil der unbezahlten Arbeit zu überlassen. Kinderreiche Mütter wurden dabei besonders unterstützt mit mehr Urlaubstagen und geringere Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Für die Väter der gleichen Kinder gab es das nicht.⁸ Spätverkaufsstellen in den größeren Städten ermöglichten den Einkauf auch nach der Arbeit. Viele Kinder waren sogen. „Schlüsselkinder“, gingen schon früh allein von der Schule nach Hause und versorgten sich selbst, bis Mutter oder Vater von der Arbeit kamen. [...]

72 Prozent Ostmänner stimmten 1990 der Aussage zu: „Meine Partnerin soll die gleichen beruflichen Chancen haben wie ich, Haushalt und Kinderbetreuung müssen deswegen auf beide gleich verteilt werden“; westdeutsche Männer stimmten seinerzeit nur zu 46 Prozent zu.¹⁰ Wenn auch sicher in beiden Landesteilen Theorie und Praxis auseinanderfielen, leisteten dennoch im Osten Männer mehr Hausarbeit als im Westen.

Viele Kinder wurden außerhalb einer Ehe geboren und viele Ehen wieder geschieden, so dass der Anteil von Kindern, die bei alleinerziehenden Müttern aufwuchsen, enorm hoch war und die Aufgabe der Vereinbarkeit ausschließlich an den Frauen hing. Die hohe Erwartungshaltung und klar wahrnehmbare gesellschaftliche Norm der Berufstätigkeit der Frau führte dazu, dass viele Frauen ihr Selbstwertgefühl wesentlich auch über ihre Berufstätigkeit definierten, stolz auf ihre Leistungen und wirtschaftliche Unabhängigkeit

von ihren Männern waren. Die hohen Scheidungsraten sind neben den sehr frühen und oft schnell getroffenen Entscheidungen für eine Ehe auch darauf zurückzuführen, dass Frauen selten einem ökonomischen Zwang unterlagen, in unglücklichen Beziehungen zu verbleiben. Trennungsunterhalt nach einer Ehe war eine Ausnahme. In der Regel trennte man sich (eine Scheidung war in wenigen Wochen vollzogen) und ging anschließend seiner getrennten Wege.

Die vielfältig erleichterte Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der gleiche Zugang zu höherer beruflicher Bildung von Frauen im Vergleich zum Westen bewirkte: mehr Frauen in Führungspositionen, weniger unterbrochene Erwerbsbiografien, mit der Folge eines deutlich geringeren Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen und ein marginaler Rentenunterschied (auch Jahrzehnte später).

FAMILIENPOLITIK IN DER BRD

Kinderbetreuung ist Privatsache – für Jahrzehnte die Richtschnur der Familienpolitik in der BRD. Finanzielle Förderungen flossen vor allem in das Ehegattensplitting, das insbesondere wohlhabende Ehepaare (auch ohne Kinder) begünstigte; am stärksten dann, wenn der Einkommensunterschied besonders groß war, also in klassischen Alleinernährer-Konstellationen. Ein ausgedehntes Angebot öffentlicher Kinderbetreuungseinrichtungen hatte keine Priorität, schon gar nicht für Kinder unter drei Jahren. Die gesellschaftliche Norm sah im Mann den Alleinverdiener und in der Frau die Hausfrau, die sich um Heim und Kinder kümmerte.

Bis in die 60er Jahre hinein unterstützte die bundesdeutsche Familienpolitik vor allem die klassische Rollenteilung, u. a. durch kostenlose Mitversicherung von Ehepartner(in) und Kindern. Erst in den 70er Jahren wurde der Familienbegriff ausgeweitet und die Rechte nicht ehelicher Kinder gestärkt. Erst Ende der 70er Jahre wurde ein Mutterschaftsurlaub mit Lohnausgleich – für erwerbstätige Frauen – eingeführt, die erste echte

⁸ Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/familie/demographische-ost-west-unterschiede-bleiben-13405391.html>, abgerufen am 5.2.2016

[...]

¹⁰ Quelle: Statistisches Bundesamt: Unbereinigter Gender Pay Gap nach Bundesländern ab 2006, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdiensteVerdienstunterschiede/Tabellen/UGPG_02_Bundeslaender.html, abgerufen am 26.10.2016

Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.¹¹ Monetäre Förderungen wie Kindergeld sollten dafür sorgen, dass Familien nicht übermäßig belastet werden. Erst ab 1986 gab es statt Mutterschaftsgeld für berufstätige Mütter das Erziehungsgeld für alle Mütter bzw. theoretisch auch für Väter, die es jedoch kaum in Anspruch nahmen. Familienarbeit wurde damit als Leistung honoriert, wenn auch in geringer Höhe.

Ab 1986 konnten Kindererziehungsjahre bei der Rentenversicherung angerechnet werden, um die massiven Rentenverluste wegen langer Kindererziehungszeiten etwas auszugleichen. Haushaltsfreibeträge und Kinderbetreuungskosten für Alleinerziehende wurden in der Steuererklärung berücksichtigt (Folge einer Klage Alleinerziehender vor dem Bundesverfassungsgericht). Insgesamt lag der Schwerpunkt familienpolitischer Maßnahmen deutlich bei monetären Zuschüssen und steuerlichen Erleichterungen sowie einigen Rechtsreformen, die die Rechte von Frauen und Müttern sowie ihrer Kinder verbesserten – viel später als im Osten Deutschlands und auf niedrigerem Niveau.

Jahrzehnte bestand nicht einmal vor dem Gesetz eine tatsächliche Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in der Ehe. Zwar erklärte 1959 das Bundesverfassungsgericht den sogen. „väterlichen Stichtscheid“, der den Vätern (ausgerechnet im Gleichberechtigungsgesetz von 1957) in Erziehungsfragen das letzte Wort einräumte¹², für verfassungswidrig und damit für nichtig; doch noch bis Ende der 70er Jahre konnte ein Ehemann den Arbeitsvertrag seiner Frau wegen Vernachlässigung von Haushaltspflichten kündigen; Ehemänner blieben bis 1974 Letztentscheider in Ehefragen. Bekam eine Frau außerhalb der Ehe ein Kind und

gab es keinen Mann, der sich zur Vaterschaft bekannte, bekam sie automatisch einen Amtsvormund vorgeschrieben, da man ihr ganz offensichtlich die Kapazität absprach, allein verantwortlich Entscheidungen für ihr Kind zu treffen. Das umfassende elterliche Sorgerecht erhielten erwachsene Frauen mit außerhalb der Ehe geborenen Kindern im Westen formell erst 1998 mit der Abschaffung der verordneten Amtspflegschaft bei fehlender Vaterschaftsanerkennung.¹³

Die Wahlfreiheit für Mütter war massiv eingeschränkt, vor allem, wenn sie mit kleinen Kindern wieder arbeiten wollten. Ohne privat organisierte Betreuung ging fast nichts, denn nur für zwei Prozent der Kinder unter drei Jahren gab es einen Platz. (1991 gab es im Osten für 54 Prozent aller Kinder dieser Altersklasse einen Betreuungsplatz!¹⁴). Mit Kleinkindern, auch mit Schulkindern war ein Normalarbeitsplatz kaum machbar für eine Mutter mit alleiniger Sorgearbeit; Ganztagschulen gab es kaum. [...]

Die großen Unterschiede in Ausrichtung und Umsetzung der Familienpolitik in Deutschland auf beiden Seiten der Mauer führten auch langfristig zu anhaltenden kulturellen und strukturellen Unterschieden, die nachfolgend beschrieben werden.

UNTERSCHIEDE ZWISCHEN OST UND WEST – VON DER WENDE BIS ZUR GEGENWART

Nach der Wiedervereinigung war in Wissenschaft und Politik die Auffassung dominant, dass es bald zu einer Angleichung der Ostfrauen an das Verhalten der Westfrauen kommen würde, was die hohen sozialen Unterschiede im Selbstverständnis von Frauen und vor allem Müttern betraf. Man prognostizierte ein

¹¹ Quelle: Jutta Allmendinger, Ellen von den Driesch: Der wahre Unterschied – Erst die Rente zeigt den ganzen Umfang der Geschlechterungleichheit, WZB, Mitteilungen Heft 149, Sept. 2015, https://www.wzb.eu/sites/default/files/publikationen/wzb_mitteilungen/s36-39ja-vdriesch.pdf, abgerufen am 8.2.2016

¹² Quelle: Statistisches Bundesamt: Zeitverwendungserhebung 2012/2013, Wiesbaden, 2015, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Zeitbudgeterhebung/Zeitverwendung5639102139004.pdf?__blob=publicationFile, abgerufen am 9.2.2016

¹³ Quelle: Claudia Geist: One Germany, Two Worlds of Housework? Examining Employed Single and Partnered Women in the Decade after Unification, S. 16 ff, <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC2891262/pdf/nihms84346.pdf>, abgerufen am 9.2.2016

¹⁴ Quelle: Jutta Allmendinger, Ellen von den Driesch: Der wahre Unterschied – Erst die Rente zeigt den ganzen Umfang der Geschlechterungleichheit, WZB, Mitteilungen Heft 149, Sept. 2015, https://www.wzb.eu/sites/default/files/publikationen/wzb_mitteilungen/s36-39ja-vdriesch.pdf, abgerufen am 8.2.2016
[...]

starkes Sinken der Erwerbsbeteiligung von Frauen in den neuen Bundesländern, eine Verlängerung familienbedingter Arbeitsunterbrechungszeiten sowie einen Rückgang des Anteils fremd betreuter Kinder. Alles das ist zwar auch eingetreten, aber deutlich schwächer als vorhergesagt; gleichzeitig passten Westfrauen ihr Erwerbsverhalten an das ostdeutscher Frauen an [...] Nach wie vor sind die Unterschiede sozialer Normen und ihrer Realisierung durch Individuen und Familien in vielen Aspekten groß und vielfach zwischen Ost und West größer als zwischen Deutschland und anderen europäischen Ländern. [...]

Auf dem ehemaligen Gebiet der DDR wurden 1986 bereits 30 Prozent aller Kinder außerhalb einer Ehe geboren; heute sind es sogar über 60 Prozent.¹⁶ Während der automatisch zugewiesene Amtsvormund im Westen akzeptierte Praxis war und nur eine kleine Anzahl Frauen betraf, wäre dies im Osten unvermittelbar gewesen. Doch erst 1998 wurde der verordnete Amtsvormund für erwachsene Alleinerziehende in den westlichen Bundesländern offiziell abgeschafft.

Ostdeutsche junge Frauen wurden in den folgenden Jahren zur mobilsten und gleichzeitig am höchsten ausgebildeten demografischen Gruppe in Deutschland.¹⁷ Viele verließen ihre Heimat in Richtung Westen, um bessere Arbeits- und Berufschance zu finden. Sie brachten ihre andere Sozialisation und Erwartungshaltung zur Erwerbstätigkeit und Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen mit und wurden so auch zum Rollenmodell und Vorbild für Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Westdeutschland. Viele Ostfrauen erlebten einen Clash der Kulturen, waren konfrontiert mit stereotypen Zuschreibungen, die sie aus ihrer Heimat nicht kannten. Der Begriff „Rabenmutter“ etwa war in der DDR und auch nach dem Mauerfall im Osten völlig ungebräuchlich.

Die außergewöhnliche Situation direkt nach dem Mauerfall und vor allem die damit verbundene Unsicherheit, was Autonomie und beruflichen Chancen von Frauen gerade als Mütter betraf, führte zu einem historisch einmaligen Einbruch der Geburtenrate auf dem Gebiet der früheren DDR: 1994 betrug sie nur noch 0,77 Kinder je Frau. Der sich dadurch verschärfende demografische Wandel und die sich auch in Westdeutschland verändernde soziale Norm hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern erzeugten massiven politischen Druck, der in einer grundlegenden Veränderung bundesdeutscher Familienpolitik mündete: Qualitativ und quantitativ ausreichende Kinderbetreuung bereitzustellen, wurde ab 2005 zu einer staatlichen Priorität. Städte traten in einen Wettbewerb um die höchste Kinderfreundlichkeit, Milliarden wurden in den Ausbau und Hunderttausende neuer Betreuungsplätze investiert. Seit 2013 gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr.¹⁸

Dennoch liegt rein finanziell immer noch der Fokus der (materiellen) Familienpolitik auf Ehegattensplitting und kostenfreie Ehegattenmitversicherung, für die allein 2010 fast doppelt so viel Steuergeld investiert wurde wie in die öffentliche Kinderbetreuung floss.¹⁹ Ehegattensplitting als größte Einzelmaßnahme fließt zu 90 Prozent an Paare in Westdeutschland (Finanzvolumen von 20 Mrd. Euro, mehr als der jährliche Solidarzuschlag für den Aufbau Ost mit etwa 14 Mrd. Euro)²⁰. [...]

Auch ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung sind die Unterschiede zwischen den Regionen enorm. [...] Noch in den Jahren nach dem Mauerfall fokussierte bundesdeutsche Familienpolitik auf dem Hausfrauenmodell, v. a. bei Kindern unter drei Jahren. Der sogen. Erziehungsurlaub wurde sogar verlängert – auf insgesamt drei Jahre. Erst seit etwa zehn Jahren ist

¹⁶ Quelle: Kindertagesbetreuung regional 2015, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2016

¹⁷ Quelle: ebenda

¹⁸ Quelle: BMFSFJ: 25 Jahre deutsche Einheit – Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ostdeutschland und Westdeutschland, S. 13, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/jahresbericht-einheit-gleichstellung.property=pdf,be reich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, abgerufen am 9.2.2016

¹⁹ Quelle: Statistisches Bundesamt: Väterbeteiligung beim Elterngeld steigt weiter an, Pressemitteilung Nr. 212 vom 21.6.2016, Link: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/06/PD16_212_22922.html, abgerufen am 26.10.2016

²⁰ Quelle: Keinen Bock auf Herdprämie, taz, 1.2.2014, <http://www.taz.de/!132146/>, abgerufen am 18.8.2014

eine Umkehr der Prioritäten zugunsten besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie erkennbar. Bis 2013 sollte aufgrund des neu geschaffenen Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ein Angebot für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren geschaffen werden. Seitdem ist jedoch der tatsächliche Bedarf bundesweit auf mindestens 39 Prozent gestiegen.²¹

Aber immer noch gibt es große Unterschiede zwischen Osten und Westen: [...]

Ostdeutsche Eltern bringen nicht nur häufiger ihre Kinder in eine externe Kinderbetreuung, sondern auch früher. Bei ein- bis zweijährigen Kindern steht einer westdeutschen Betreuungsquote von 28 Prozent eine ostdeutsche von 66 Prozent gegenüber. Spitzenreiter ist das brandenburgische Frankfurt an der Oder, das sogar auf 84 Prozent kommt. Am Ende des Rankings steht der Westerwaldkreis mit nur 8,5 Prozent [...]. Die besonders hohen Quoten in Sachsen-Anhalt sind vermutlich auch auf eine besonders großzügige Landesregelung zurückzuführen. Dort gab es schon früher einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz und sogar auf einen Krippenplatz, denn der Rechtsanspruch besteht ab Geburt eines Kindes.

Unterschiede bestehen auch in der Ausgestaltung der Betreuungsplätze. Im Westen stellen Ganztagsbetreuungen bei unter Dreijährigen mit unter 13 Prozent eher eine Ausnahme dar, im Osten sind sie mit fast 40 Prozent dagegen sehr häufig. Die Bandbreite reicht von 11 ostdeutschen Landkreisen mit einer Ganztagsbetreuungsquote von über 50 Prozent bis zum bayerischen Landkreis Freyung-Grafenau, in dem nur etwa jedes hundertste Kind unter drei Jahren eine Ganztagsbetreuung von mindestens sieben Stunden in Anspruch nimmt. Das hat sicher auch damit zu tun, dass der

Rechtsanspruch sich nur auf einen Halbtagsplatz bezieht. Im Westen wird also der Rechtsanspruch gerade so erfüllt, im Osten orientiert man sich stärker am Bedarf. Im Ersten Gleichstellungsbericht des BMFSFJ 25 Jahre nach der Einheit werden auch Ganztagsplätze für drei bis sechsjährige Kinder verglichen: Auch hier sind die Unterschiede gravierend. Im Osten bieten 73 Prozent der Plätze eine Ganztagsbetreuung, im Westen nur 34 Prozent. Es gibt kein einziges ostdeutsches Bundesland, in dem der Anteil der Ganztagsbetreuung in dieser Altersgruppe unter 60 Prozent liegt, im Westen liegen alle Bundesländer unter 50 Prozent – teilweise erheblich.²³

Die umfangreiche Erhebung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder zu Krippenplätzen weist jedoch auch nach, dass sowohl in Ost als auch in West die Betreuungsquoten im Vergleich zu früheren Erhebungszeiträumen weiterhin ansteigen. Dies liegt auch an deutlich veränderten Einstellungen zur Fremdbetreuung seit dem Mauerfall insgesamt: Noch kurz nach der Wiedervereinigung stimmten 69 Prozent westdeutscher Frauen der Aussage zu, „Kinder im Vorschulalter leiden unter einer Erwerbstätigkeit der Mutter“, im Jahr 2012 hatte sich dieser Wert mit 32 Prozent mehr als halbiert. Der ohnehin viel geringere ostdeutsche Wert sank im gleichen Zeitraum von 30 Prozent auf nur noch 13 Prozent.²⁴

ELTERNGELD

Seit 2007 gibt es in Deutschland das Elterngeld als eine Art Lohnersatzleistung für 12 Monate und seit 2006 die sogen. Vätermomente, zwei zusätzliche Monate, wenn beide Elternteile Elternzeit nehmen. Seit ihrer Einführung ist der Anteil Elternzeit nehmender Väter

²¹ Quelle: Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung: So geht Einheit – Wie weit das geteilte Deutschland zusammengewachsen ist, Berlin, 2015, S. 23, http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/So_geht_Einheit/BI_SoGehtEinheit_final_online.pdf, abgerufen am 10.2.2016

[...]

²³ Quelle: Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung: So geht Einheit – Wie weit das geteilte Deutschland zusammengewachsen ist, Berlin, 2015, S. 31, http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/So_geht_Einheit/BI_SoGehtEinheit_final_online.pdf, abgerufen am 10.2.2016

²⁴ Quelle: Daten von Statistischem Bundesamt und Europarat, Berechnungen: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, zitiert in: Demografieportal: Deutschland – das Land der niedrigen Geburtenrate, http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/ZahlenFakten/Zusammengefasste_Geburtenziffer.html, abgerufen am 6.2.2016, Geburtenziffern 2014: Statistisches Bundesamt: Geburtenziffer 2015: Erstmals seit 33 Jahren bei 1,50 Kindern je Frau, Pressemitteilung Nr. 373 vom 17.10.2016, Link: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/10/PD16_373_126.html, abgerufen am 26.10.2016

von 3,5 Prozent auf etwa 34 Prozent bei im Jahr 2014 geborenen Kindern angestiegen. In Ostdeutschland nehmen mit 37,3 Prozent etwas mehr Väter Elternzeit als im Westen mit 33,4 Prozent (jeweils ohne Berlin).²⁵ [...]

ERWERBSBETEILIGUNG ALS FOLGE VON FAMILIENPOLITIK

Nach der Wende sanken in den neuen Bundesländern die Erwerbsquoten für Frauen, im Westen stiegen sie. Nach wie vor sind jedoch mehr Frauen im Osten als im Westen erwerbstätig; zudem häufiger in Vollzeit oder vollzeitnahen Beschäftigungsverhältnissen. Selbst 30 Prozent der Frauen, die im Osten Teilzeit arbeiten, geben an, dass sie lieber Vollzeit arbeiten würden, aber keine Vollzeitstelle fanden. Im Westen scheint ein Teilzeitarbeitsvertrag sehr viel häufiger der tatsächlichen Wunscharbeitszeit von Frauen auch zu entsprechen: Nur fünf Prozent von ihnen wünscht sich Vollzeit²⁹; man weiß wenig über die Motive, warum westdeutsche Frauen seltener den Wunsch nach höheren Arbeitsvolumina äußern. [...]

GEBURTENRATE UND KINDERLOSIGKEIT

Nach den vielen Ungewissheiten im gesellschaftlichen Umbruch stieg die Geburtenrate in Ostdeutschland erst wieder ab 1994. Seit 2008 ist die Geburtenziffer (endgültige Anzahl Kinder pro Frau während ihrer Fertilitätsphase) höher als in Westdeutschland; 2014 lag sie bei 1,56 im Osten und 1,50 im Westen.³⁰ Auffallend sind die enormen Unterschiede im Entscheidungsverhalten für oder gegen Kinder bei Frauen mit hoher Qualifika-

tion: Im Westen scheinen sich nach wie vor Karriere und Kinder auszuschließen – die Folge ist sowohl ein niedrigerer Anteil von Frauen in Führungspositionen als auch ein höherer Anteil kinderloser Frauen mit hoher Ausbildung: fast 30 Prozent.³¹ Die durchschnittliche Kinderzahl je hochqualifizierter Frau im Westen liegt mit 1,24 Kindern auch signifikant unter der Vergleichszahl aller Frauen in Deutschland. Im Osten bekommen dagegen hoch qualifizierte Frauen statistisch sogar mehr Kinder als der deutsche Durchschnitt: 1,51 Kinder je Frau, nur 15 Prozent bleiben kinderlos – die Kinderlosigkeitsrate ist damit nur halb so hoch wie in Westdeutschland.³²

Diese Zahlen legen nahe, dass gerade für hoch qualifizierte Frauen eine Familienpolitik, die den Fokus auf gute und flächendeckende Betreuungsinfrastruktur legt, einen hohen Einfluss darauf hat, ob sie sich für Kinder entscheiden oder nicht. [...] Die Kinderlosigkeit bei Frauen im Westen ist mehr als doppelt so häufig wie im Osten, wo nur etwa jede zehnte Frau kinderlos bleibt. Dass sich die Geburtenziffern am Ende doch kaum unterschieden zwischen Ost und West, liegt vor allem daran, dass Mütter im Osten häufiger nur ein Kind bekommen (mehr als jede dritte Frau); wogegen Frauen im Westen – wenn sie denn überhaupt Mutter werden – häufiger mehr als ein Kind bekommen: Hier hat nur jede vierte Frau ein Einzelkind.³³ [...] Da ostdeutsche Mütter nach einer Geburt weniger lang aussteigen, ist der Abstand zwischen erstem und zweitem Kind bei ihnen höher als bei westdeutschen Müttern. [...]

²⁵ Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): "(Keine) Lust auf Kinder?", Wiesbaden, 2012, S. 24 (Datenbasis: Mikrozensus 2008)

[...]

²⁹ Quelle: Aches Sozialgesetzbuch – SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), § 24

³⁰ Quelle: Heinrich Böll Stiftung - Gunda Werner Institut: Kriterien für geschlechtergerechte Steuerpolitik, 12.10.2010, <http://www.gwi-boell.de/de/2010/02/12/kriterien-f%C3%BCr-geschlechtergerechte-steuerpolitik>, abgerufen am 10.2.2016

³¹ Quelle: ebenda

³² Quelle: Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung: So geht Einheit – Wie weit das geteilte Deutschland zusammengewachsen ist, Berlin, 2015, S. 13, http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/So_geht_Einheit/BI_SoGehtEinheit_final_online.pdf, abgerufen am 10.2.2016

³³ Quelle: Daniel Erler/Susanne Dähler: Frauen machen Neue Länder. Lebenssituation und Perspektiven junger Frauen in den neuen Bundesländern – Forschungsstand, herausgegeben vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 2008, https://www.frauenmachenneuelaender.de/documents/5728034/5974486/studie_lang_2008.pdf/2c64a155-d3a3-484b-96c1-3daf66968c36, abgerufen am 10.2.2016

[...]

In Westdeutschland kann man von der Art der Erwerbstätigkeit auf das Vorhandensein von Kinder schließen: Eine Vollzeit arbeitende Frau - v. a. mit Partner ebenfalls in Vollzeit - korreliert stark mit Kinderlosigkeit (47 Prozent dieser Frauen). Ein Vollzeit arbeitender Partner mit einer Teilzeit oder gar nicht arbeitenden Frau korreliert dagegen extrem stark mit Kindern - Kinderlosigkeit ist in dieser Konstellation selten. Der Osten im Vergleich: Bei Vollzeit arbeitenden Paaren kommt Kinderlosigkeit nur zu acht Prozent vor; nennenswerte Unterschiede in Kinderzahl oder Kinderlosigkeit in Abhängigkeit vom Arbeitszeitmuster sind nicht feststellbar.³⁶ [...]

WIRTSCHAFTLICHE EIGENSTÄNDIGKEIT

Ostdeutschland wirkt wie ein soziales Reagenzglas, in dem sich die Folgen moderner Familienpolitik und der damit einhergehende Wandel kultureller Normen beobachten lassen. Erkennbar ist etwa, dass die Kombination von ausreichend Kinderbetreuungsangeboten und hoher sozialer Akzeptanz weiblicher Erwerbstätigkeit (auch als Mutter und in Führungspositionen) und damit insgesamt ein höherer Grad an wirklicher Wahlfreiheit in der Konsequenz zu einem hohen Niveau von Erwerbsbeteiligung bei gleichzeitig höherer Geburtenrate führt.

In beiden Landesteilen arbeiten vor allem Alleinerziehende länger als Frauen in Zwei-Eltern-Familien. Erklärung dafür könnte der hohe ökonomische Druck sein: Alleinerziehende sind die ärmste demografische Gruppe Deutschlands.³⁷ Alleinerziehen war zu Zeiten der DDR noch kein Armutsrisiko: Alleinerziehende erhielten ausreichend Unterstützung und waren in der

Regel auch nicht auf Trennungsunterhalt angewiesen. Zahlte ein Vater im Osten keinen Kindesunterhalt, so sprang der Staat bis zum 18. Lebensjahr ersatzweise durch Unterhaltsvorauszahlungen ein, ohne Begrenzung der Zahlungsdauer bis zur Volljährigkeit und orientierte sich an dem tatsächlichen Unterhaltstitel.³⁸ Die Umstellung auf westdeutsches Unterhaltsrecht [...] verschlechterte für viele ostdeutsche Alleinerziehende die materielle Situation. [...]

Im Westen waren noch 2010 etwa drei Viertel aller Frauen bei der Geburt verheiratet, im Osten wurden im gleichen Jahr mehr als 60 Prozent der Kinder von nicht verheirateten Müttern geboren.⁴⁰ Noch gravierender: Nur gut ein Viertel aller ersten Kinder werden im Osten innerhalb einer Ehe geboren.⁴¹ [...] Die Auswirkungen von Armutsrisiken im Osten kann man ggf. auch daran erkennen, dass Mütter in den östlichen Bundesländern häufiger als im Westen auf ein zweites oder drittes Kind verzichten. [...]

Die direkten Folgen eines durchgehend höheren Niveaus der Frauenerwerbsbeteiligung im Osten sind:

- ein erheblich geringerer Gehaltsunterschied zwischen den Geschlechtern: im Westen mit 22 % mehr als drei Mal so hoch wie im Osten Deutschlands,
- ein geringeres Renten-gap (12 % im Osten versus 51 % im Westen),
- ein höheres absolutes Rentenniveau: mit über 800 € Durchschnittsrente für Frauen im Osten versus unter 500 € für Frauen im Westen,
- damit verbunden eine höhere wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.

³⁶ Quelle: Pia S. Schober und Juliane F. Stahl: „Trends in der Kinderbetreuung – sozioökonomische Unterschiede verstärken sich in Ost und West“, DIW Wochenbericht Nr. 40/2014 – zitiert aus Statistisches Bundesamt (1991): Statistik der Kinder- und Jugendhilfe. Bonn

³⁷ Quelle: BMFSFJ: 25 Jahre deutsche Einheit – Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ostdeutschland und Westdeutschland, S. 12, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/jahresbericht-einheit-gleichstellung.property=pdf,be reich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, abgerufen am 9.2.2016

³⁸ Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: Wichtige Stationen bundesdeutscher Familienpolitik, 20.3.2009, <http://www.bpb.de/izpb/8067/wichtige-stationen-bundesdeutscher-familienpolitik>, abgerufen am 9.2.2016
[...]

⁴⁰ Quelle: Claudia Geist (Carolina Population Center University of North Carolina at Chapel Hill): One Germany, Two Worlds of Housework? Examining Employed Single and Partnered Women in the Decade after Unification, Journal of Comparative Family Studies 2009; 40 (3), S. 415-437, <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC2891262/pdf/nihms84346.pdf>, abgerufen am 8.2.2016

⁴¹ Quelle: <http://www.bpb.de/izpb/8047/familienpolitik-geschichte-und-leitbilder?p=all>, abgerufen am 3.2.2016
[...]

Von den Vorteilen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit mit sich bringt, seien hier nur zwei erwähnt: der für Frauen positive Einfluss auf das Machtverhältnis in Partnerschaften und der höhere Freiheitsgrad, ungesunde Beziehungen auch beenden zu können. [...] Der hohe Unterschied zwischen dem geschlechtsabhängigen Renten-gap im Osten und im Westen ist in den letzten 20 Jahren sogar noch gestiegen. Die Wissenschaftlerinnen des WZB gehen nicht davon aus, dass sich dieser regionale Unterschied in den nächsten Jahrzehnten wesentlich verringert. [...]

AUFTEILUNG UNBEZAHLTER ARBEIT

In Deutschland sind bezahlte und unbezahlte Arbeit unterschiedlich auf die Geschlechter verteilt: Männer arbeiten mehr bezahlt, Frauen mehr unbezahlt. Laut einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes von 2012/2013 arbeiten in Deutschland Frauen 60 Prozent mehr Zeit im Haushalt als Männer.⁴⁵ In beiden Landesteilen verschiebt sich der Aufwand für Familienarbeit bei einer Heirat zu Lasten von Frauen, das Ausmaß dieser Verschiebung ist jedoch sehr unterschiedlich. Lebt eine Frau im Westen mit einem Partner zusammen, ist ihr Zeitaufwand für unbezahlte Hausarbeit 74 Prozent höher als bei einer Single-Frau; bei einer Frau im Osten sind es dagegen nur 26 Prozent. Dabei ist auffallend, dass sich der Aufwand für Hausarbeit bei Single-Frauen in Ost und West nicht unterscheidet (jeweils täglich etwa 94 Minuten).

Als Auswirkungen anderer (vergangener) Familienpolitik und kultureller Muster in Ost und West arbeiten West-Frauen mit Partner und solche mit Kindern nennenswert mehr im Haushalt. Etwa 115 tägliche Hausarbeitsminuten an einem Werktag einer durchschnittlichen Ostfrau stehen mehr als 150 Hausarbeitsminuten einer durchschnittlichen Westfrau gegenüber.⁴⁶ Der Hausarbeitsaufwand einer Frau im Westen sinkt vor allem dann sehr stark, wenn ihr Anteil am Haushaltseinkommen höher ist. Dieser Effekt ist stärker als der Einfluss einer Erwerbstätigkeit für sich alleine genommen und zeigt die Bedeutung der Entgeltgleichheit und einer gerechteren Verteilung unbezahlter Arbeit.

Eine Studie des WZB von 2014⁴⁷ betont ebenfalls die zwischen Ost und West unterschiedliche Beteiligung von Männern in Partnerschaften an unbezahlter Arbeit und die damit verbundenen Chancen von Frauen, am Arbeitsmarkt zu partizipieren:

„In zwei von drei Partnerschaften wird in Westdeutschland Hausarbeit und Kinderbetreuung von Frauen alleine übernommen; in Ostdeutschland sagt fast die Hälfte der Paare, dass Hausarbeit und Kinderbetreuung von beiden Partnern zu gleichen Teilen übernommen wird.“

Dennoch erfolgte trotz vergleichbarem Erwerbsverhalten und höherem Engagement von Vätern im Osten bis in die Gegenwart offenbar keine vollständige Gleichverteilung unbezahlter Familienarbeit. [...]

FAZIT

Die grundlegend und über viele Jahrzehnte unterschiedliche Familienpolitik in Ost und West wirkt auch heute noch, 27 Jahre nach dem Mauerfall und mit gemeinsamer Bundesregierung, in beiden Teilen Deutschlands nach. Die Unterschiede sind sowohl strukturell (z. B. Ausgestaltung und Umfang der Kinderbetreuungsangebote) als auch kulturell, z.B. ein anderes Selbstverständnis von Müttern in Ost und West, aber auch vom jeweiligen sozialen Umfeld. Die damit einhergehende höhere Erwerbsneigung von Frauen im Osten ist im Vergleich zum Westen unabhängiger vom Familienstand und dem Vorhandensein von Kindern. Dies führte im Osten zur stärkeren Arbeitsteilung auch bei unbezahlter Arbeit, nicht jedoch zur gerechten Arbeitsteilung, denn auch im Osten arbeiten Frauen mehr unbezahlt als Männer.

Die Unterschiede im Erwerbsleben wirken sich langfristig auf die ökonomische Unabhängigkeit aus: Sowohl geschlechterbezogene Verdienstunterschiede als auch Rentenunterschiede sind im Osten der Bundesrepublik erheblich niedriger. Kaum Unterschied gibt es in der Geburtenziffer - in beiden Hälften des Landes ist sie gleich niedrig. Die Ursachen sind jedoch jeweils andere: Im Westen gibt es einen hohen Anteil kinderloser Frauen, v. a. bei Akademikerinnen; im Osten

⁴⁵ Quelle: <https://publishup.uni-potsdam.de/files/6045/pbsf33.pdf>, S. 8, abgerufen am 3.2.2016

⁴⁶ Quelle: BMFSFJ: 25 Jahre deutsche Einheit – Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ostdeutschland und Westdeutschland, S. 10, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/jahresbericht-einheit-gleichstellung,property=pdf,be reich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, abgerufen am 9.2.2016

⁴⁷ Quelle: ebenda, S.12

gibt es zwar wenig kinderlose Frauen, aber dafür mehr Mütter mit nur einem Kind.

Ist im Westen vermutlich der Zwang, sich zwischen Kindern und Beruf entscheiden zu müssen, ursächlich für Entscheidungen gegen Kinder, so sind im wirtschaftlich schwächeren Osten eher ökonomische Gründe für die Entscheidung gegen ein zweites oder drittes Kind zu finden. In den letzten Jahrzehnten gab es Anpassungen in beiden Regionen (generell kann aber eher von einer Anpassung an ostdeutsche Traditionen der Familienpolitik gesprochen werden): Ihre Kernelemente, wie die umfassende Bereitstellung von Kinderbetreuung und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit gehören seit einigen Jahren auch zum bundesdeutschen Schwerpunkt der Familienpolitik. Ein diesbezüglicher Kulturwandel hin zu mehr Akzeptanz arbeitender Mütter ist in der Konsequenz auch in Westdeutschland feststellbar. ■

Ein diesbezüglicher Kulturwandel hin zu mehr Akzeptanz arbeitender Mütter ist in der Konsequenz auch in Westdeutschland feststellbar. ■

Anke Domscheit-Berg studierte in der DDR Textilkunst und nach der Wiedervereinigung Internationale Betriebswirtschaft in Hessen und England. Nach 15 Jahren in Unternehmen der IT-Branche ist sie seit 2011 vorwiegend als Publizistin tätig (siehe z. B. ihr Buch „Ein bisschen gleich ist nicht genug! Warum wir von Geschlechtergerechtigkeit noch weit entfernt sind“, 2014).

Die vollständige Fassung des Artikels mit weiteren Literaturangaben kann bei der Bundesgeschäftsstelle der eaf angefordert werden.

AUS DEM VERBAND

DIGITAL KOMPETENT!? FAMILIEN(BILDUNG) IN DER ONLINE-GESELLSCHAFT

Unter diesem Titel führt das Forum Familienbildung – unter dem Dach der evangelischen Arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf) – am 2. und 3. November 2017 im Bildungszentrum Erkner bei Berlin eine medienpädagogische Fachtagung durch.

Auch Familie nutzt in immer größerem Ausmaß digitale Medien: für Alltagserledigungen, Schulrecherchen, Kommunikation zwischen den Familienmitgliedern, Reisebuchungen, Einkäufe und Informationen jeglicher Art für alte und junge Familienmitglieder. Dabei geraten „ältere Semester“ heutzutage schneller an ihre Kenntnis-Grenzen und die Rollen, wer von wem etwas lernt beziehungsweise wer lehrt, sind im digitalen Bereich nicht mehr – wie früher in „analogen“ Zeiten – eng an ein Lebensalter und institutionelle Lern-Erfahrungen wie Schule und Studium geknüpft.

Nach der ersten Euphorie über die Möglichkeiten digitaler Medien und ihrem Nutzen sind schon seit längerem die Risiken und Nebenwirkungen des digitalen Lebens für die Familie und den einzelnen Menschen in den kritischen Blick gerückt. Digitale Medien sind unwiderruflicher und immer größerer Bestandteil unseres Lebens

und werden in rasantem Tempo immer mehr Bereiche erobern, die bis vor kurzem zwischen zwei Individuen oder Gruppen über analoge, quasi natürliche Kommunikationsformen geprägt waren. Nicht nur das Alltagsleben in den Familien, auch die pädagogische (Bildungs) Arbeit mit Familien wird dadurch nachhaltig verändert.

Daher geht das Forum Familienbildung in seiner Herbsttagung der Frage nach, wie sich Familien-Alltag und die Lebenswelten von Familien durch die digitalen Medien immer weiter verändern. Dabei wird beleuchtet, welche Kompetenzen Familien benötigen, um die neuen Potenziale auszuschöpfen und in vielerlei Hinsicht sicher nutzen zu können. Prof. Dr. Friederike Siller von der Technischen Hochschule Köln wird die Herausforderungen für Eltern und Familien beschreiben, die sich durch digitale und mobile Medien zeigen. Die Medienkulturen in Familien, die sich in belastenden Lebenslagen befinden, bedürfen eines genaueren Blicks: Dr. Katrin Schlör von der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg wird einen Überblick dazu geben. Welche Schlussfolgerungen sind daraus für die Arbeit in den Familienbildung Einrichtungen zu ziehen? Welche Rolle wird die medienpädagogische und mediengestützte Arbeit in den Familienbildungseinrichtungen heute und in Zukunft dabei spielen? Dass hier durchaus auch eine kritische Betrachtung notwendig

ist, wird Prof. Dr. Horst Niesyto von der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg aufzeigen und die medienkritische Aspekte in Zeiten des digitalen Kapitalismus beschreiben. Weitere Arbeitsforen werden sich vertiefend mit unterschiedlichen Aspekten des Themenfeldes beschäftigen.

Alle Fachkräfte aus der Familienbildung und ihren angrenzenden Bereichen sowie an der Arbeit mit Familien Interessierte sind herzlich eingeladen, sich zu informieren und mitzudiskutieren. ■

Das Forum Familienbildung bittet alle Interessierten, sich das Datum der Veranstaltung vorzumerken. Das detaillierte Tagungsprogramm mit Anmeldeöglichkeit wird ab Mitte September auf der Homepage der eaf zu finden sein: <http://www.eaf-bund.de/familienbildung/veranstaltungen/kalender>

SM

NEUE FAMILIENMINISTERIN!

Im Juni übernahm Dr. jur. Katarina Barley (Mitte) die Führung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von Ministerin Manuela Schwesig, die nun Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern ist.



Foto: privat

Zum Empfang am 2. Juni anlässlich der Amtsübernahme war auch die eaf eingeladen, vertreten durch die Bundesgeschäftsführerin Dr. Insa Schöningh (zweite von rechts). ■

HINWEISE

FAMILIENERHOLUNG - EIN RECHT AUF FÖRDERUNG: POTENZIALE EINER ZEITGEMÄSSEN KINDER- UND JUGENDHILFELEISTUNG

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung lud am 16./17. Mai 2017 zum Abschluss der zweijährigen „Werkstatt Qualitätsentwicklung Familienerholung“ nach Berlin. Unter dem Titel „Zeit für Tapetenwechsel“ diskutierten über 90 Teilnehmende aus der Kinder- und Jugendhilfe, des Gesundheitsbereiches, der Politik sowie Hausleitungen und Trägervertretungen der Familienferienstätten. Zentrales Anliegen der Diskussionsrunden und Vorträge war die Stärkung der präventiven Hilfen, die im § 16 Absatz 2 SGB VIII als Familienbildung, niedrigschwellige Beratung sowie Familienerholung und Familienfreizeiten verortet sind. Ziel der präventiven Hilfen ist es, für alle Familien ein Leistungsangebot vorzuhalten, das nachhaltig zur Stärkung erzieherischer Kompetenzen der Eltern, des familiären Zusammenhalts und zur Gesundheit aller Familienmitglieder beiträgt. Im Werkbuch „Familienerholung - Ein Recht auf Förderung“ wird erstmals systematisch dargestellt, wie Familienerholungsarbeit in dieser Hinsicht konzeptionell gestaltet und weiterentwickelt werden kann. Das Werkbuch bündelt die Diskussionen der mit

verschiedenen Expert*innen veranstalteten Zukunftswerkstatt, die von Professorin Uta Meier-Gräwe geleitet wurde. Durch die anschaulichen Beispiele guter Praxis ist das Buch auch „Schaufenster“ der Arbeit der Familienferienstätten. Die einzelnen Beiträge stehen jeweils für sich, sie bündeln vieles, was die Arbeit der Familienerholung hilfreich begründen kann.

So beschreibt Uta Meier-Gräwe ausgehend von den Bedarfen, die Familien heute haben, was Angebote der Familienerholung bereits leisten bzw. wie sie zukünftig hilfreich sein können. Und sie belegt, wie sich das Investieren in Familienerholung in volkswirtschaftlicher Hinsicht rechnet. In Kosten-Nutzen-Analysen zeigt sie, was ein Mensch, der am Erwerbsleben teilhat, an Steuern und Sozialabgaben erwirtschaftet und stellt dieses „Plus“ den Kosten gegenüber, die für den Staat entstehen, wenn ein Leben im Transferleistungsbezug verbracht wird. Karolin Königsfeld stellt dar, wie es im Hürther Jugendamt gelang, Familienerholung als Entlastungsangebot in die Jugendhilfeplanung zum § 16 SGB VIII aufzunehmen und dabei langfristig den Ansatz für die Hilfen zur Erziehung zu senken.

Wolfgang Hötzel skizziert die Möglichkeiten eines generalpräventiven Verständnisses der „Allgemeinen Hilfen



Dr. Karin Germer

der Erziehung in der Familie“ und benennt die für die Familienerholung bestehenden strukturellen Hemmnisse, die weiterer Klärung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene bedürfen. Theresia Heimes und Jörg Stein machen Vorschläge zur Netzwerkbildung auf den Ebenen Familienferienstätte, Landesarbeitsgemeinschaft und Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung. Karin Germer beschreibt Familienferienstätten als Orte der Begegnung und des informellen Lernens. Das Thema „Bildung durch Erleben“ zu erfahren, zieht sich als ein roter Faden durch das Buch. Familienferienstätten und Familienfreizeiten sind Begegnungsorte. Sie schaffen Gelegenheitsstrukturen für informelles Lernen, wie sie der normale Alltag kaum noch bietet. Lernen geschieht zu 70 Prozent durch Erfahrungen. Entsprechend wichtig ist es, solchen Orten und Gelegenheiten Zukunft zu eröffnen. ■



Das Werkbuch „Familienerholung - Ein Recht auf Förderung: Potenziale einer zeitgemäßen Kinder- und Jugendhilfeleistung, Stuttgart 2017“ ist kostenlos erhältlich in der BAG Geschäftsstelle (info@bag-familienerholung.de); PDF unter <http://www.bag-familienerholung.de/>.

Dr. Karin Germer ist bei der Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband zuständig für den Themenbereich Evangelische Familienerholung.

HANDLUNGSBEFÄHIGUNG UND ZUGEHÖRIGKEIT JUNGER MENSCHEN

Was befähigt junge, benachteiligte Menschen, ihr Leben in die Hand zu nehmen und den Übergang sowie riskante Lebenslagen zu bewältigen?

Die stationäre Erziehungshilfe soll Mädchen und Jungen auf ein eigenständiges Leben vorbereiten – wie können pädagogische Fachkräfte sie dabei unterstützen?

Das Institut für Praxisforschung und Projektberatung (IPP) hat Jugendliche, die in SOS-Kinderdorffamilien

oder -Wohngruppen leben, und deren Bezugsbetreuerinnen und -betreuer dazu befragt. Im vorliegenden Band stellen Florian Straus und Renate Höfer Teilergebnisse daraus vor. Zunächst erörtern sie das Konzept „Handlungsbefähigung“ und legen dar: Handlungsbefähigung lässt sich fördern, und dies sollte auch Ziel der Kinder- und Jugendhilfe sein. Denn es ist zu vermuten, dass Jugendliche, die ein hohes Maß an Handlungsbefähigung entwickeln konnten, im Erwachsenenleben besser zurecht kommen werden.

Des Weiteren stellen Straus und Höfer fest: Nicht alle betreuten Mädchen und Jungen können die Entwicklungsmöglichkeiten im Kinderdorf in gleichem Maße für sich nutzen. Eine wesentliche Rolle scheint zu spielen, wie sie sich zwischen ihrer Herkunftsfamilie und dem Lebensort Kinderdorffamilie oder Wohngruppe verorten können. Wo sehen fremduntergebrachte Jugendliche ihr Zuhause? Straus und Höfer haben fünf Typen von „Zugehörigkeitskonstruktionen“ ausgemacht und Bezüge zur Handlungsbefähigung herausgearbeitet. ■

Pressemitteilung vom 9. Mai 2017, Sozialpädagogisches Institut, SOS-Kinderdorf e. V., München

Florian Straus, Renate Höfer, *Handlungsbefähigung und Zugehörigkeit junger Menschen, Themenband 1 der SPI- Schriftenreihe. Zu beziehen über das SPI gegen eine Schutzgebühr von 3,50 Euro plus Versandkosten (www.sos.fachportal.de/paedagogik/mediathek).*



Anmeldung zum Newsletter der evangelischen arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf) unter: www.eaf-bund.de/de/publikationen/newsletter

ISSN 0176-9146

Herausgeber und Verleger: evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. | Für den Inhalt verantwortlich: Sabine Mundolf. Redaktion: Sabine Mundolf. Die Familienpolitischen Informationen erscheinen viermal im Jahr; sie sind zu bestellen bei der Bundesgeschäftsstelle der eaf in Berlin | Bezugspreis für ein Jahr 7,00 Euro; Einzelpreis 2,50 Euro. Kündigung zum Jahresende | KD-Bank IBAN: DE87 3506 0190 1567 1830 13, BIC: GENODE33333 | Layoutumsetzung: Janina Noormann | Druck: Europrint Medien GmbH
Wir freuen uns, wenn Sie etwas abdrucken wollen: Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen bitten wir um Rücksprache, im Übrigen um Quellen- und Autorenangabe (auch bei Auszügen) sowie um Zusendung eines Belegexemplars | Präsidentin: Christel Riemann-Hanewinkel; Vizepräsidenten: Bernd Heimberg, Wolfgang Hötzel.
Bundesgeschäftsstelle: 10117 Berlin, Auguststraße 80, Telefon 030 / 28 39 54 00, Fax 0 30 / 28 39 54 50 | Bundesgeschäftsführerin: Dr. Insa Schöningh | www.eaf-bund.de